15. Jahrg. / Nr. 137 / Preis für Berlin 10 Pf. Auswärts 15 Pf. — Berlin, Mittwoch, 22. Juni 1932

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redakt.: Berlin C 25, Kl. Alexanderstr. 28, Tel.: E 1 Berolina 5481, Tel.-Adr.: Rotfahne Berlin. Verl.: Verein. Zeitungsverlage GmbH., Berlin C 25, Kl. Alexanderstr. 28, Postscheck: Berlin NW 27 970.

Erscheint täglich außer Montags

Anzeigenverwaltung: „Das Inserat", Allgemeine Inseraten-Expedition G. m. b. H., Berlin W 9, Schellingstraße 1, Telefon: B 1 Kurfürst 1825/26. Schluß der Anzeigenannahme 16 Uhr.

Bezugspreis vorauszahlb. pro Woche 60 Pf., monatl. 2,60 M. einschl. Trägerlohn in Berlin u. Orten m. eig. Zustellg. Postbezug ausschl. Bestellgeld 2.60 M.: Streifband im Inland 4,20 M.; n. d. Ausland 4,50 M.

Begründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Anzeigenpreis: Die 12mm Millimeterzeile 50 Pf., die 4mm Textmillimeterzeile 2,50 M. Arbeiterorganis. u Familienanz.: Millimeterz. 20 Pf. Kleine Anz.: Textwort 20 Pf., Ueberschriftsw. 30 Pf. Arbeitsmarkt: Wort 5 Pf.

Severing gibt Faschisten die Straße frei

Empörende Antwort auf den von der KPD. geforderten Aufmarsch aller Arbeiter

SPD.-Arbeiter! Kein Zaudern mehr! Erkämpft mit uns Demonstrationsfreiheit!

Im gestrigen Hauptausschuß des Preußischen Landtages erklärte der preußische Innenminister Severing, daß die von der Kommunistischen Partei geforderte Freigabe des Lustgartens am morgigen Tag für eine antifaschistische Demonstration nicht erlaubt werde. Hingegen erklärte er auf einen Einwurf der Vertreter der Faschisten und Deutschnationalen, daß der Lustgarten zu einer Demonstration am 28. Juni für die Deutsche Stahlhelm-Studentenschaft, die Bündische Reichsschaft und den Studentendeutschen Heimatbund freigegeben werde. Bei den letzteren Organisationen handelt es sich um ausgemachte faschistische Verbände, die unter dem Vorwand einer „überparteilichen Veranstaltung" am 28. Juni einen nationalistischen Rummel durchführen wollen. Das ist die Antwort Severings, die Antwort der sozialdemokratischen Führer auf die Forderung der Kommunistischen Partei nach einem gemeinsamen antifaschistischen Aufmarsch der sozialdemokratischen, kommunistischen und christlichen Arbeiter im Lustgarten. Verstärkt die Protestaktion! Erzwingt die Freigabe der Straßen und Plätze von Berlin für das Millionenheer der antifaschistischen Kämpfer!

SA.-Führertagung ordnet Bewaffnung an!

Alarm! Alarm!

In einer Führertagung der SA. und SS. des Gaues Berlin wurde gestern die Ordre erteilt, alle im Besitz der Faschisten befindlichen Waffen innerhalb 48 Stunden der Leitung zu melden. Diese von dem anwesenden Faschistenhäuptling Helldorf gegebene Anweisung signalisiert nichts anderes als die unmittelbare planmäßige Bewaffnung der SA.- und SS.-Banden zum konzentrischen Angriff auf die Berliner Arbeiter. Nur der geschlossene Gegenstoß des Berliner Proletariats, die Mobilmachung in Betrieben, in Stempelstellen und Gewerkschaften vermag die blutigen Pläne der Faschisten zu durchkreuzen. Höchster Alarm, geschlossenes Handeln über alle Saboteure der proletarischen Einheit hinweg ist das Gebot der Stunde.

Noch ein Schlag gegen die Einheit

SPD. für faschistisches Landtagspräsidium

Hohnvolle Antwort des „Vorwärts" auf unseren Kampfvorschlag zur preußischen Landtagssitzung

Namens der SPD.-Führer hat der gestrige Abend-„Vorwärts" auf die Kundgebung unseres Zentralkomitees zur Wahl des Präsidiums im Preußischen Landtag geantwortet. Es ist ein ganzes Lexikon übelster Beschimpfungen der Kommunistischen Partei. „Plumpe Vorspiegelungen", „neueste Tricks", „Schwindel- und Täuschungsmanöver", so bezeichnet das Blatt, das vorgibt, das Kampfesbanner gegen den Faschismus zu erheben, unseren Vorschlag, keinen Faschisten ins Landtagspräsidium zu lassen, den Arbeitern in Preußen die Demonstrationsfreiheit zu geben, die Magenschläge der Papenschen Hungernotverordnung abzuwehren durch den außerparlamentarischen Kampf.

Von welchen Bedingungen hat die Kommunistische Partei ihre Bereitschaft abhängig gemacht, ein Präsidium aus Vertretern der SPD. und des Zentrums zu bilden? 1. Herstellung der Versammlungs-, Demonstrations- und Pressefreiheit und Freigabe des Rundfunks für die revolutionäre Arbeiterschaft in Preußen, 2. Nichtdurchführung der beiden faschistischen Notverordnungen der Papenregierung in Preußen.

Nachdem der „Vorwärts" den Vorschlag unseres Zentralkomitees wörtlich als „plumpe Vorspiegelung", „neuesten Trick", „Schwindel- und Täuschungsmanöver" bezeichnet, gibt er im Namen der SPD.-Führer folgende Antwort:

„Die KPD. hat auch nicht diese Absicht. Sie hat nämlich ihr Anerbieten, für ein Landtagspräsidium von Sozialdemokraten und Zentrum zu stimmen, an Bedingungen geknüpft, von denen sie ganz genau weiß, daß sie unausführbar sind. Diese Bedingungen sind erstens die Herstellung der völligen Demonstrationsfreiheit in Preußen und zweitens die Nichtdurchführung der Notverordnungen. Die erste Bedingung ist aus tatsächlichen, die zweite aus rechtlichen Gründen undurchführbar. Die volle Demonstrationsfreiheit im gegenwärtigen Augenblick bedeutet die ungehemmte Entfesselung des Straßen- und Bürgerkrieges. Die Nichtdurchführung der Reichsnotverordnungen würde der Regierung von Papen den längst gewünschten Vorwand geben, einen Reichskommissar für Preußen zu bestellen!"

„Unausführbar aus tatsächlichen Gründen" ist es also für den „Vorwärts", daß die Arbeiterschaft in Preußen legal marschieren darf, daß das Demonstrationsverbot aufgehoben wird, daß der Rundfunk den revolutionären Arbeitern freigegeben wird. Aber ausführbar ist es für den „Vorwärts", für die SPD.-Führer, wenn die faschistischen Thyssenknechte in ihren provokatorischen Uniformen auf den Straßen randalieren, Reichsbannerarbeiter und Kommunisten niederknallen, wenn der Faschistenhäuptling Straßer über die preußischen Rundfunksender spricht, wenn die Faschistenpresse tagtäglich in Preußen zum Mord an Arbeitern auffordert. Das ist ausführbar für die SPD.-Führer! Da gibt es keine Polizeiknüppel, da gibt es kein „Unannehmbar" im „Vorwärts". Da befürchtet kein „Vorwärts" die „ungehemmte Entfesselung des Straßen- und Bürgerkrieges". Dem „Vorwärts" zur Antwort: Einen Tag keine Severing-Polizei, einen Tag Demonstrationsfreiheit und von dem ganzen Bürgerkrieg der faschistischen Banditen ist nichts mehr übrig.

„Unausführbar aus rechtlichen Gründen" ist es für den „Vorwärts", wenn die Arbeiter dem Kabinett der Schlotbarone und des Hakenkreuzes den Kampf ansagen, nicht dulden, daß die Erwerbslosen verhungern, daß den Kriegskrüppeln die letzten Pfennige geraubt werden, daß zum trockenen Brotstück das Salz verteuert wird. Aber „rechtlich haltbar" ist es für die SPD.-Führer, wenn von Papen die Nazibanden marschieren läßt, wenn das Parlament auseinandergejagt wird und die tollsten Notverordnungen erlassen werden. Wir pfeifen auf dieses „rechtlich Haltbare". Wir kennen nur ein Recht: Das Recht der Arbeiter nach Arbeit und Brot und Freiheit! Oder glauben die SPD.-Führer im Ernst, einen Reichskommissar für Preußen zu verhindern, wenn die Arbeiter den Freiherren und Generalen des Papen-Kabinetts die Stiefel lecken? Umgekehrt: Je offensiver das Proletariat, je machtvoller sein Auftreten, je kühner sein Angriff und der Reichskommissar des Herrn Papen würde sich schneller davonrollen als die Cuno-Regierung im Jahre 1923.

Der „Vorwärts" entrüstet sich darüber, wenn das Zentralkomitee unserer Partei am Schluß seiner Kundgebung ausdrücklich erklärt:

„Die Kommunisten denken nicht daran, ihren Kampf gegen die SPD. und das Zentrum, ihren Kampf gegen die Braun-Severing-Regierung auch nur im mindesten abzuschwächen. Es

Kommunistische Partei fordert:

Donnerstag Straße frei

für antifaschistische Massendemonstrationen!

Immer frecher treten die Faschisten in den Betrieben, an den Stempelstellen und in den Straßen auf. Durch Terror wollen sie die Durchführung der faschistischen Notverordnungen der Papen-Regierung sichern.

Die Arbeitermassen des roten Berlins müssen wie ein Mann dem Naziterror durch geschlossenen Massenkampf ein Ende machen.

Selbst der Ortsausschuß des ADGB., die Berliner Leitungen des Reichsbanners und die SPD. mußten, gezwungen durch den Kampfwillen ihrer Mitglieder, erklären, daß sie für die sofortige Aufhebung des Demonstrationsverbotes sind. Wir haben sie beim Wort genommen und von Severing die Freigabe des Lustgartens für Donnerstag verlangt.

Severing hat es abgelehnt, den Lustgarten für die Antifaschisten freizugeben. Aber er hat faschistischen Organisationen die Freigabe des Lustgartens für den 28. Juni zugesichert,

obwohl die Kommunistische Partei die Freigabe des Lustgartens für den gleichen Tag für eine Kundgebung gegen Versailles gefordert hat.

Wenn der preußische Polizeiminister Severing den antifaschistischen Kampf durch Demonstrationsverbote für antifaschistische Organisationen verhindern will, so muß ihm zehntausendfach aus den Betrieben, von den Stempelstellen, aus den Arbeiterstraßen die Antwort entgegenschallen:

Fort mit dem Demonstrationsverbot! Straße frei für die Antifaschistische Aktion! Für die Freiheit der Arbeiterklasse! Kampf gegen die faschistischen Notverordnungen der Papen-Regierung!

„Mit uns wollen die Massen der Gewerkschaftsmitglieder, der sozialdemokratischen und Reichsbannerarbeiter die Beseitigung des Demonstrationsverbotes!

Arbeiter aller Organisationen! Entscheidet euch in den Arbeitspausen im Betrieb, an den Stempelstellen, in den Arbeiterstraßen für die Forderungen der Antifaschistischen Aktion! Die KPD. hat beim preußischen Innenministerium und Polizeipräsidium Berlins die Freigabe folgender Plätze für die

antifaschistischen Massendemonstrationen am Donnerstag, 6½ Uhr,

gefordert:

- **Unterbezirk Zentrum:** Teutoburger Platz.
- **Unterbezirk Südost:** Lausitzer Platz.
- **Unterbezirk Nordost:** Weißensee: Antonplatz; Pankow: Mühlen-, Ecke Berliner Straße; Helmholtzplatz.
- **Unterbezirk Nordwest:** Kleiner Tiergarten; Friedrich-Karl-Platz (Charlottenburg).
- **Unterbezirk Ost:** Küstriner Platz.
- **Unterbezirk Nord:** Brunnenplatz; Leopoldplatz.
- **Unterbezirk Südwest:** Rudolf-Wilde-Platz.
- **Unterbezirk Süd:** Hohenzollernplatz.
- **Unterbezirk Borsigwalde:** Tegel, Berliner Straße, am Borsigwerk.
- **Unterbezirk Spandau:** Marktplatz.
- **Unterbezirk Tempelhof:** Marktplatz Mariendorf.

Macht überall diese Forderung zu eurer eigenen Forderung! Schließt die Reihen! Es lebe die Einheitsfront der Arbeiter! Vorwärts zum siegreichen Kampf der Antifaschistischen Aktion!